



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24934 - 33
Fernschreiber 0886 990

P/XIII/97 - 29. April 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	"Verrat an der Wiedervereinigung" Wenger wurde zum politischen Kreuzweg der CDU	100
3	Gefahren für die Tarif-Autonomie Was beabsichtigt die Bundesregierung?	47
4 - 5	"Die Einheimischen sind so gleichgültig" So sehen junge Zonenflüchtlinge den "Goldenen Westen"	69
6	"Eindrücke" sind keine Fakten Zu einer Pressekonferenz des Bundesverteidigungsministers	31
7	Hasstiraden gegen die SPD Kostproben aus einer CDU-Versammlung	43

* * * * *
* * * * *

29. April 1958

"Verrat an der Wiedervereinigung"

sp - Die Adenauer-CDU steht, wahrscheinlich nur für sie selbst überraschend, unverzittelt an einem Kreuzweg, wobei die Wahl, wohin sie sich wendet, für sie und für das deutsche Volk entscheidend werden kann. Die CDU wird es selbst nicht als Zufall empfinden, dass sie zu dieser Entscheidungswahl, in der sie sich schon durch den Kampf für und wider die atomare Umrüstung der Bundeswehr befindet, nun auch noch unaufhaltsam durch die verräterische Offenheit getrieben wird, mit der ihr Starjournalist Paul Wilhelm Wenger die beileibe nicht nur von ihm vertretenen Vorstellungen zum Problem der Wiedervereinigung vorgetragen hat.

Herr Wenger ist seit Jahren der politisch massgebende Leitartikler des linkerheinischen Adenauer-Blattes "Rheinischer Merkur" und betätigt sich zugleich als ein in seinen Gedankengängen manchemal kaum noch verfolgbare "Avantgardist" in Stossaktionen etwa gegen den Südweststaat, gegen Herbert Werner und gegen die Wiedervereinigung als eine "strategische Unitarisierung des deutschen Raumes im Stil des Bismarckreiches". Herr Wenger hat in seinem Kampf gegen die Wiedervereinigung, wie sie bisher von allen Demokraten verstanden worden ist: also die friedliche Wiederausammenführung des gespaltenen Deutschland in einen freien Staatsverband, leider erst mit seiner, von den 150 Delegierten und 300 Gästen des CDU-Parteitages Nordbaden stürmisch umjubelten Tauberbischofsheimer Rede vom 20. April 1958 die gesamte deutsche Öffentlichkeit erregt.

Dieser sehr verspätete Termin ist ein Musterbeispiel für das allmählich nicht mehr zu verantwortende Mass an Regierungskonformismus, das sich in der Bundesrepublik breit macht. Bereits am 10. Januar 1958 nämlich hatte der SPD-Pressedienst in einem ausführlichen Zitat auf die erstaunlichen Überlegungen Wengers aufmerksam gemacht, die er in besonders krasser Form schon im Dezemberheft der Unternehmerzeitschrift "Die Aussprache" veröffentlicht hatte. Die CDU-Führung, die von der SPD auf diese Wenger-Pläne angesprochen und gefragt worden war, ob sie sich zu eigen mache, hatte damals ebenso geschwiegen wie einige Wochen später, als sie von SPD-Pressedienst nochmals in offizieller Form um diese Antwort ersucht worden war. Die CDU-Führung kann es nicht als Entschuldigung für ihr Schweigen gelten lassen, dass auch die überparteiliche deutsche Presse den Warruf der SPD ebenso nicht aufgriff, wie sie nach Tauberbischofsheim, mit ganz wenigen Ausnahmen, die Wenger-Rede erst dann zur Kenntnis nahm, als die SPD den Fall an die grosse Glocke gehängt hatte. Die CDU-Führung hat zumindest äusserst fahrlässig gehandelt, als sie die SPD-Fragen einfach totschiweigen wollte, und sie kann den Fall Wenger nicht damit aus dem Licht der Öffentlichkeit zu rücken versuchen, dass sie sich jetzt eilfertig von Wenger und seinen Plänen nur distanzieren will.

Damit allein ist jetzt nichts mehr zu machen. Der offene Brief des CDU-Mitbegründers und deutschen Ex-Botschafters in London, Dr. Schlange-Schönningen, an den Kanzler zeigt, dass nun auch die Kreise in der CDU selbst, die dem lähmenden Adenauer-Konformismus noch nicht zum Opfer gefallen sind, zum Protest gegen den verhängnisvollen Weg aufgestanden sind, den Wenger und die hinter ihm stehenden einflussreichen Kräfte von der Wiedervereinigung weg und in eine Aufteilung des deutschen Landes zum höheren Ruhme des "abendländisch-christlichen föderalistischen Denkens" gehen wollen. Die verklausulierte Erklärung, mit der sich

29. April 1958

Wenger nach der Distanzierung des CDU-Pressedienstes aus der Affäre zu ziehen versuchte, ist praktisch nur eine Bestätigung seiner Pläne, die bisher schon von massgebenden Politikern und Sprechern der SPD und der FDP in der notwendigen Schärfe als das gekennzeichnet worden waren, was sie wirklich sind: als Vorstellungen und Pläne, die dem Geist des Grundgesetzes und seiner Präambel widersprechen sowie die Grenze des Landes- und Hochverrats streifen oder schon überschritten haben.

Schlange-Schönningen hat in seinem offenen Brief an Adenauer der CDU-Führung keinen Ausweg mehr gelassen, und er hat sich auch bereit erklärt, die einzig möglichen Konsequenzen zu ziehen, die nach einem weiteren Versuch der CDU, den Fall weniger dilatorisch zu behandeln, einem anständigen Deutschen, wie Schlange-Schönningen schrieb, übrig bleiben können. Man wird sehen, was Adenauer und was die CDU-Führung zu unternehmen gedanken. Mit ihrer Entscheidung über Wenger entscheiden sie auch über die CDU selbst.

Eine zweite Frage richtet sich aber an den Bundesinnenminister Dr. Schröder in seiner Eigenschaft als Verfassungsminister. Diese Frage hat am 25. April 1958 im Bundestag schon der SPD-Abgeordnete Heiland gestellt: Was Schröder nämlich in diesem Fall Wenger, der "die Grenze des Landes- und Hochverrats gestreift oder überschritten hat", zu tun gedenke. Abg. Heiland hat den Minister darauf hingewiesen, dass es Strafanträge gebe, die er von Amts wegen zu stellen hätte. Der Verfassungsminister der Bundesrepublik, Dr. Schröder (CDU), hat auf diese Frage des SPD-Abgeordneten Heiland nicht geantwortet, obwohl er sich in seinem Redeüberfluss sonst mit allem und jedem befasst hatte.

Der Verfassungsminister, der in dieser Bundestagsdiskussion für sich in Anspruch nahm, nach allen Seiten gleichmässig zu beobachten und zu wirken, wird sich der Antwort auf die Frage nicht entziehen können, die ihm Heiland gestellt hat und die ausserdem durch die Feststellungen auf ihn zukommen wird, die der nordrhein-westfälische Justizminister Dr. Amelunxen aufgrund des Ersuchens des FDP-Abgeordneten Döring treffen wird.

Der Fall Wenger stellt aber nicht nur die Adenauer-CDU, sondern auch die Adenauer-Regierung vor die Frage: Habt Ihr die Wiedervereinigung abgeschlossen? Und diese Frage wird nicht nur mit Distanzierungen oder auch Massnahmen zu beantworten sein. Eine Partei, in der ein so massgebender politischer Journalist wie Paul Wilhelm Wenger jahrelang, wie er selbst sagt, "geradezu Verrat an der Wiedervereinigung" treiben kann, wie Schlange-Schönningen schrieb, eine solche Partei muss endlich mehr tun als von der Wiedervereinigung nur reden. Sonst wird sie unglaubwürdig. Die CDU Adenauers ist mitten auf dem Weg in diese Unglaubwürdigkeit.

Gefahren für die Tarif-Autonomie

EB. Auf dem Gebiete der Tarif-Autonomie braut sich etwas zusammen. Das konnte man schon bei den letzten Streikbewegungen erkennen, als eine Reihe von CDU- und Regierungs-Propagandisten immer wieder "besorgt" die Frage stellten, ob man den Tarifpartnern denn die Freiheit lassen könne, in Lohnfragen selbständig zu entscheiden.

Nicht erst heute werden in Schosse der Bundesregierung Pläne zur Einschränkung der Tarif-Autonomie erwogen. Man hat in den letzten Tagen seltsamerweise nicht aus Bonn, sondern aus Aichach in Bayern Neues darüber gehört. Der CSU-Bundestagsabgeordnete Hans-August Lückner kündigte dort auf der Hauptversammlung des Bezirksverbandes ehemaliger Landwirtschaftsschüler schon für diese Woche "bedeutsame Entscheidungen der Bundesregierung" zur Lohn- und Preispolitik an. Danach soll Anfang Mai ein volkswirtschaftliches Gutachter-Gremium gebildet werden, das Empfehlungen zur Lohn- und Preisentwicklung auszuarbeiten hat. Und Lückner drohte: Wenn sich die Sozialpartner nicht an die Empfehlungen der Gutachter halten, soll der Bundestag ein Gesetz beschliessen, nach dem die Regierung diese Empfehlung als verbindlich erklären kann.

Mit anderen Worten: Wenn die Angaben von Lückner stimmen, dann will die Bundesregierung oder die CDU die Tarif-Autonomie der Sozialpartner einschränken, wenn nicht gar beseitigen.

In der neuesten Ausgabe der Zeitschrift "Sozialer Fortschritt" ist ein Beitrag von Bundesarbeitsminister Blank zu lesen, der sich für den Fortbestand der Tarif-Autonomie ausspricht. Allerdings sind in diesem Artikel auch einige sehr kritische Passagen nachzulesen. Blank spricht davon, dass der Staat ein grosses Risiko eingehen, wenn er die Dinge treiben lässt. Lohnpolitik sei auch eine eminent politische Angelegenheit, da vier Fünftel der Bevölkerung direkt oder indirekt von der Gestaltung der Arbeitsbedingungen abhängig sind. Das Problem der Lohnbestimmung wäre weniger schwierig, wenn die Lohnhöhe nur den Anteil der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer am Wirtschaftsergebnis bestimmen würde und nicht auch das Verhältnis von Investitionen und Verbrauch.

Diese Passagen des Artikels sind nicht nur volkswirtschaftlich, sondern auch politisch zu sehen und gerade in dieser Hinsicht einigermaßen eybillinisch. Will Blank hier nur mit weniger greifbaren Formulierungen dasselbe ausdrücken, was sein Parteifreund Hans-August Lückner in Aichach plump zu erkennen gab?

Man darf den Vorschaben der Bundesregierung mit etlicher Spannung entgegensehen. Es wäre höchst einseitig und gefährlich, wenn man die Aufgaben eines volkswirtschaftlichen Beratungsgremiums auf die Lohnentwicklung beschränken würde. Wenn schon, dann muss ein solches Gremium umfassend arbeiten und auch beispielsweise Fragen der steuerbegünstigten Gewinne, der Preise, Investitionsprobleme, die Dividenden-Frage usw. in die Beratung einbeziehen können. Würde das vorgesehen, so ist der Widerstand der "Wirtschaft" so sicher wie das Amen in der Kirche - und das Gesetz kommt nicht zustande. Aber es geht ja nur um die Begrenzung des Lohnes. Diesem einseitigen Angriff auf die Tarif-Autonomie aber werden die Gewerkschaften stärksten Widerstand entgegensetzen.

"Man wird hier oft kühl und geringschätzig angesehen."

Etwas erfreulicher war das Verhältnis der Kollegen am Arbeitsplatz zu den Flüchtlingen. Hier hatten nur 15 % schlechte Erfahrungen zu verzeichnen. Die meisten erklärten: "Kollegen und Meister sind kameradschaftlich", "Man ist hier keine Nummer", "Man kann mit allen über alles sprechen, ohne Angst vor Folgen haben zu müssen".

Dabei ist die Arbeitsbeschaffung für die Jugendlichen offenbar keineswegs gut gelöst. Denn 45 % können nicht in ihrem erlernten Beruf arbeiten, obwohl die Unterbringung im erlernten Beruf von grosser Bedeutung für die Eingliederung des Flüchtlings ist. Wenn trotzdem 68 % erklärten, dass sie mit der Arbeit, die sie jetzt haben, zufrieden sind, so spielt wohl die Tatsache der besseren Entlohnung und der grösseren Kaufkraft des Geldes eine gewisse Rolle. Selbst diejenigen, die in Westdeutschland weniger verdienen, beklagen sich nicht, da sie, wie sie meinen, "hier für ihr Geld etwas kaufen können". Zweifellos liegt hier aber noch Vieles im Argen. Man sollte annehmen, dass im Zeichen der Vollbeschäftigung junge gelernte Arbeiter bei etwas gutem Willen und besserer Zusammenarbeit von Behörden und Industrie in ihrem Beruf unterzubringen sein müssten.

Wir dürfen nicht vergessen, dass diese jungen Menschen, obwohl sie neun bis elf Jahre lang der kommunistischen Propaganda in der Zone ausgesetzt waren, mit dem Ideal der Freiheit im Herzen in den Westen gekommen sind. Nur 18 % haben das Wort "Freiheit" in der Unterhaltung nicht genannt, wenn sie danach gefragt wurden, was hier anders sei als drüben. Wenn sie diese Freiheit also als ein positives Lebensgefühl empfinden, so haben wir die Verpflichtung, sie vor Enttäuschungen zu bewahren, die sie in die Arme eines Regimes der Unfreiheit zurücktreiben. Von den zuständigen Behörden angefangen bis zu jedem, der mit Flüchtlingen bei der Arbeit, zu Haus, in der Freizeit zu tun hat, sind wir offenbar über den Zustand leerer Deklamationen noch nicht weit hinausgelangt. Soll das böse Wort wahr sein, dass unsere Landsleute solange unsere "Brüder und Schwestern" sind, als sie hinter dem Eisernen Vorhang leben, dass sie aber, wenn sie zu uns kommen und auf unsere Hilfe rechnen, "nur Sowjetzonenflüchtlinge" sind?

"Eindrücke" sind keine Fakten

sp - Bundesverteidigungsminister Strauss hat am Sonntag, Agenturmeldungen zufolge, im Verlauf einer improvisierten Pressekonferenz an Bord des amerikanischen Leihzerstörers "Z 1" erklärt, er hätte nach den ihm vorliegenden Informationen den Eindruck, dass die Sowjets im südlichen Ostpreussen, in Ungarn und in der Tschechoslowakei schon seit längerer Zeit Raketenabschussbasen bauten.

Diese Formulierung des Ministers, er hätte "den Eindruck" ist so reinlich vage, dass sie sogar im Agenturbericht in Anführungszeichen gesetzt worden ist. Zu dem Vorgang selbst ist zu sagen: Entweder hat Strauss, was ihm angesichts des ihm zur Verfügung stehenden deutschen und westlichen Nachrichtenapparates durchaus möglich sein sollte, tatsächlich konkrete und einwandfreie Informationen über den Bau von sowjetischen Raketenabschussbasen in Ostpreussen, in Ungarn und in der Tschechoslowakei oder er hat sie nicht, was den genannten Nachrichtenapparaten ein schlechtes Zeugnis ausstellen würde. Die improvisiert hingeworfene Behauptung, er habe "den Eindruck", dass solche Sowjetbasen gebaut würden, ist eine für einen Verteidigungsminister unmögliche und unzulässige Methode der Meinungsbeeinflussung.

Herr Strauss wird also noch mitzuteilen haben, ob er in dieser auch politisch wichtigen Frage über harte Tatsachen verfügt, über die er harte Aussagen machen kann, oder ob er nur "Eindrücke" vortragen hat, die nach dem Hörensagen oder aus Zeitungsmeldungen zugänglich gemacht worden sind.

Im übrigen bliebe festzustellen, dass der Bundesverteidigungsminister nicht einmal improvisiert den Eindruck hat, als ob die Sowjets Raketenabschussbasen auch im Zonengebiet bauten. Solche Gerüchte sind in der letzten Zeit hin und wieder in der westdeutschen Presse aufgetaucht. Es wird Herrn Strauss sicher möglich sein, auch in diesem Punkte entweder harte Fakten mitzuteilen oder falsche "Eindrücke", die in diesem Fall allerdings nicht von ihm stammen, aus der Welt zu schaffen.

Haastiraden gegen die SPD

D.Str. Es gibt, jedem Christen wohlbekannt, in der Bibel das Gleichnis vom Pharisäer und vom Zöllner. Der Pharisäer, ein selbstgefälliger Diener Gottes, wird verstossen, während der sündige, aber bescheidene Zöllner die grösste Achtung geniesst.

An jenes Gleichnis wurde man erinnert, als der CDU-Landtagsabgeordnete Dufhues aus Nordrhein-Westfalen am vergangenen Sonnabend in Leverkusen an das Rednerpult trat, um vor der "Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU" über die politische Situation vor den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen zu sprechen. Abgesehen davon, dass Dufhues die Aktion "Kampf dem Atentod" und die von der SPD geforderte Volksbefragung als eine, wie er sagte, "Aufwiegelung der Masse gegen die demokratische Ordnung in der Bundesrepublik" bezeichnete, beschuldigte er die führenden Politiker der SPD, sie würden lediglich an den "Futterkrippen in Gemeinden, Ländern und im Bund sitzen".

Dufhues brauchte diese Unwahrheiten, um gegen die nordrhein-westfälische Landesregierung und ihren sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Fritz Steirhoff zu Felde ziehen zu können.

Selbst ein unpolitischer Zuhörer musste sich fragen, woher ein sogenannter "christlicher" Politiker die seelische Kraft holt, um solche Tiraden des Hasses zu verbreiten. Natürlich wandte Dufhues wieder das im politischen Leben der Bundesrepublik leider so bewährte CDU-Wahlkampfrezept an, die SPD anti-christlicher Affekte zu beschuldigen. Er sagte wörtlich, dass die SPD den Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen mit anti-religiösen Elementen führen wolle. Er warf Ministerpräsident Steirhoff vor, er liesse sich zwar gern mit katholischen Bischöfen fotografieren, um eine christliche Politik der Landesregierung vorzutäuschen (!), jedoch unternahme er nichts, um bei den "Falken" kommunistische Jugendweihen zu verhindern.

Welch ein Hass spricht aus diesen Worten! Von Bamberg, wo im vergangenen Jahr Konrad Adenauer das verhänigsvolle Wort sprach, es gehe bei der Bundestagswahl um die Entscheidung zwischen Christentum und Kommunismus, bis nach Leverkusen zieht sich eine Linie. Die CDU in Nordrhein-Westfalen kann den Sturz der Regierung Arnold im Jahre 1956 nicht vergessen; sie schaut neidvoll auf die erfolgreiche Kulturpolitik des Kabinetts Steirhoff, auf sein gutes Verhältnis mit den Kirchen. Gläubte sie doch, dass es ihr Monopol sei, mit den Kirchen auf einem guten Fusse zu stehen. Deshalb wird die Behauptung des CDU-Abgeordneten Dufhues, mit einem Wahlsieg der SPD-FDP-Koalition würde das Christentum in Nordrhein-Westfalen abgebt werden vom Sozialismus, wie ein Bumerang wirken: Die SPD hat bewiesen, dass sie erfolgreich regieren kann, auch in einem Land, das vom Christentum geprägt ist.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel